

Der Verfassungsschutz gewährleistet als Frühwarnsystem der wehrhaften Demokratie Sicherheit für alle Einwohner*innen Bayerns. Die Bekämpfung von rechtsextremistischen Strukturen muss angesichts des Ausmaßes Schwerpunkt seiner Arbeit sein. Noch immer besitzen viele Rechtsextremisten legale Waffen. Wir werden sie konsequent und effektiver entwaffnen und Waffenbesitzer besser kontrollieren. Wir verstehen uns als wehrhafte Demokratie und werden die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz zu einem Bollwerk gegen Rechtsextremisten, Reichsbürger und andere Verfassungsfeinde machen. 100 Jahre nach dem Hitlerputsch und 90 Jahre nach Hitlers Ermächtigungsgesetz werden wir das 'Nie wieder' konsequent in der Innen- und Sicherheitspolitik umsetzen.

Antrag RGP14-Ä07: Änderungsantrag zu RGP14

Änderungsantrag zu RGP14

Zeile 84 - 85

~~Die rettungsdienstliche Versorgung in Bayern ist gut und muss das auch bleiben.~~ Wir ~~werden hierzu~~ werden in Kooperation mit allen Kommunen und Landkreisen individuelle Vorsorgekonzepte entwickeln, damit alle Einwohner*innen Bayerns im Notfall innerhalb der gesetzlich vorgesehenen 12 Minuten rettungsdienstliche Hilfe erhalten. Um dauerhaft die Sicherheit an unseren Gewässern und in den Bergregionen zu gewährleisten, werden wir die Finanzierungszusage für Wasser- und Bergrettungsdienste wieder in das Rettungsdienstgesetz aufnehmen.

Antrag RGP14-Ä08: Änderungsantrag zu RGP14

Änderungsantrag zu RGP14

Zeile 103

Die ehrenamtlichen Helfer*innen im Rettungsdienst und Katastrophenschutz verdienen die gleiche Unterstützung wie unsere freiwilligen Feuerwehrleute. Daher wird die SPD die sog. Helfergleichstellung durchsetzen. Das bedeutet, dass zukünftig auch ehrenamtliche Helfer*innen im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst für Aus- und Weiterbildungen von ihrer Arbeit freigestellt werden müssen. Parallel zur Feuerwehrrente wollen wir für ehrenamtliche Helfer*innen und Retter*innen eine Retter*innen-Rente etablieren.

Antrag RGP15: Ländlicher Raum/Gleichwertige Lebensverhältnisse/ Kommunale Daseinsvorsorge

Ländlicher Raum/Gleichwertige Lebensverhältnisse/ Kommunale Daseinsvorsorge

Wir kämpfen dafür, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen

Bayerns endlich Realität werden. Faire Bildungschancen, eine gute ärztliche Versorgung, die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bezahlbarer Wohnraum oder eine zukunftsfeste Infrastruktur: Darauf haben alle Menschen in Bayern einen Anspruch – egal ob sie in der Stadt leben oder auf dem Land. Dazu zählt für uns auch ein echter Kulturwandel in der Politik, hin zu mehr Regionalität und kommunaler Eigenverantwortung vor Ort, weg von Zentralismus und einem von Misstrauen geprägten Kontrollwahn. Politik in Bayern für Stadt und Land, solidarisch und auf Augenhöhe. Nur so können wir den großen Herausforderungen unserer Zeit, vor denen unsere Kommunen stehen, gerecht werden, sei es die Erderhitzung, die Energiekrise, die Verkehrswende oder der demographische Wandel.

Wir versorgen Bayern

Wir sichern die Nahversorgung und stärken die regionale Wertschöpfung, indem wir unsere Dorf- und Stadtteilläden gezielter und nachhaltiger fördern. Dort wo die Strukturen der Daseinsvorsorge wegbrechen, ist Solidarität gefragt. Wir stärken und unterstützen Nachbarschaftshilfen durch eine gezielte Förderung und weniger Bürokratie. Kulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum wollen wir stärken und erhalten. Die ärztliche Versorgung auf dem Land muss besser werden, hierzu treten wir auch in Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Es muss ein Ende haben, dass die tatsächliche Ärzteversorgung immer wieder schön und an der Realität vorbei gerechnet wird.

Dienstleistungen wie von Post und Banken dürfen nicht aus den Stadtvierteln und Dörfern verschwinden. Wir arbeiten im Bundesrat und im Beirat bei der Bundesnetzagentur für den uneingeschränkten Erhalt des aktuellen Niveaus von Post-Universaldienstleistungen, also von Filialen, Briefkästen und Zustellungsqualität zu erschwinglichen Preisen.

Zusammen mit den Banken und Sparkassen werden wir nach Wegen suchen, dem gegenwärtigen ungezügelten Filialsterben ein Ende zu setzen. Wir brauchen flächendeckend ein Mindestangebot an Bankdienstleistungen wie die Bargeldversorgung, Überweisungen und Beratung, die für alle Menschen barrierefrei vor Ort zugänglich und bezahlbar sind.

Wir sichern die Wasserversorgung in allen Teilen Bayerns und machen diese zukunftsfest. Dafür nehmen wir Geld in die Hand und investieren in unsere Wasserleitungs- und Abwasser-Infrastruktur, damit die Bürger*innen nicht zusätzlich über steigende Gebühren belastet werden. Wir werden der Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand weiterhin den absoluten Vorrang vor anderen Formen der Wasser- und Bodennutzung geben. Insbesondere darf die Trinkwasserversorgung der regionalen Bevölkerung nicht in die Hände privater Konzerne fallen. Die staatliche Förderung im Leitungsbau (RZWAS) wird verstetigt und für mehr Kommunen geöffnet.

Kommunen und Regionen stärken

Starke Kommunen sind ein wesentlicher Baustein unseres föderalen Systems. Wir stehen für mehr finanzielle Eigenverantwortung vor Ort und weniger Förderbürokratismus von

oben. Deshalb reduzieren wir die Zahl der Förderprogramme und erhöhen im Gegenzug die Investitionspauschalen. Den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund werden wir von 12,75 auf 15 Prozent erhöhen (sog. Verbundquote). Damit bekommen Kommunen den nötigen Freiraum um neben den Pflichtaufgaben sogenannte freiwillige Aufgaben erfüllen zu können. Wir reformieren die Landesplanung und richten die Regional- und Strukturförderung nach tatsächlicher Strukturschwäche und Bedarfen aus. Gemeinsam geht besser: Wir stärken durch finanzielle Anreize und dem Abbau bürokratischer Hürden die interkommunale Zusammenarbeit. Modellprojekte fördern wir und bremsen sie nicht aus.

Bezirke stärken

Die Wiedereinrichtung demokratisch verfasster Bezirke als dritte Ebene der kommunalen Selbstverwaltung war eine Forderung der BayernSPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir stehen auch weiterhin zu den Bezirken und zur Tätigkeit unserer Bezirkstage als Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürger*innen. Wir fordern weiterhin ein Bezirkswahlrecht für EU-Bürger*innen. Bisher können sich Bürger aus EU-Staaten zwar an Kommunalwahlen beteiligen, ein Bezirkswahlrecht ist ihnen aber verwehrt. Wir wollen die Bezirke als dritte kommunale Ebene wahlrechtlich der kommunalen Familie gleichstellen. Die Bezirke leisten gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische Versorgung im Freistaat. Bestrebungen zur Privatisierung von Einrichtungen des Bezirks lehnen wir entschieden ab.

Antrag RGP15-Ä01: Änderungsantrag zu RGP15

Änderungsantrag zu RGP15

Zeile 31

Starke Kommunen sind ein wesentlicher Baustein unseres föderalen Systems. Wir stehen für mehr finanzielle Eigenverantwortung vor Ort und weniger

Förderbürokratismus von oben. Deshalb reduzieren wir die Zahl der Förderprogramme und erhöhen im Gegenzug die Investitionspauschalen. Den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund werden wir von 12,75 auf 15 Prozent erhöhen (sog. Verbundquote). Wir reformieren die Landesplanung und richten die Regional- und Strukturförderung nach tatsächlicher Strukturschwäche und Bedarfen aus. Gemeinsam geht besser: Wir stärken durch finanzielle Anreize und dem Abbau bürokratischer Hürden die interkommunale Zusammenarbeit. Modellprojekte fördern wir und bremsen sie nicht aus.

Antrag RGP15-Ä02: Änderungsantrag zu RGP15

Änderungsantrag zu RGP15

Zeile 34

Wir stehen für mehr finanzielle Eigenverantwortung vor Ort und weniger Förderbürokratismus von oben. Deshalb reduzieren wir die Zahl der Förderprogramme und erhöhen im Gegenzug die Investitionspauschalen. Den kommunalen Anteil am allgemeinen